

Pöfener Zeitung.

Fünfundsechzigster

Jahrgang.

Montag, 16. Dezember

(Erscheint täglich zwei Mal.)

Inserate 2 Sgr. die sechsgehaltene Zeile oder deren Raum, dreigesaltene 5 Sgr., sind an die Expedition zu richten und werden für die an denselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

1872.

Annoncen-Annahme-Bureau:
In Posen
außer in der Expedition
bei Grapowski (C. H. Ulrich & Co.)
Breitestraße 14;
in Gnesen
bei Herrn Th. Spindler,
Markt u. Friedhofstr. Ecke 4;
in Grah bei Herrn F. Streifand;
in Frankfurt a. M.:
G. A. Dörbe & Co.

Annoncen-Annahme-Bureau:
In Berlin, Hamburg,
Wien, München, St. Gallen:
Kudolph Hoffe;
in Berlin, Breslau,
Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg,
Wien u. Basel:
Hanssen & Vogler;
in Berlin:
J. Klemmeyer, Schloßplatz;
in Breslau: Emil Kahlh.

Nr. 589.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. — Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Amliches.

Berlin, 14. Dezember. Der Kaiser hat den Legations-Rath Sellwig zum Wirklichen Legations-Rath und vortragenden Rath im Auswärtigen Amte ernannt; dem Geschäftsträger und General-Konsul Dr. v. Bünien, sowie dem im Auswärtigen Amte angelegten Gerichts-Ärztin Humbert den Charakter als Legations-Rath verliehen; den bisherigen Amtmann Seyberth zu Rüdesheim zum Landrath ernannt; dem praktischen Arzt Dr. Franz Friedrich Koerte in Berlin den Charakter als Geheimer Sanitäts-Rath verliehen; und den zeitigen Bürgermeister Wegener zu Witten, der von der Stadtverordnetenversammlung zu Dortmund getroffenen Wahl gemäß, als befohlener Beigeordneter der Stadt Dortmund für die gesetzliche Amtsdauer von zwölf Jahren bestätigt.

Der königl. Kreisbaumeister Julius Fromm zu Berent ist in gleicher Eigenschaft nach Neustadt in Westpreußen versetzt, und dem bisherigen Baumeister Hugo Zwickel zu Stralsund, unter gleichzeitiger Ernennung zum königl. Kreisbaumeister, die Kreisbaumeister-Stelle zu Breslau, Dr. Immanuel Dginski, und dem Oberlehrer Ties zu Gymnasium in Braunsberg ist das Prädikat „Professor“ verliehen worden; dem Dom-Organisten Karl Anton Gleis in Erfurt ist das Prädikat „Musik-Direktor“ beigelegt worden.

Telegraphische Nachrichten.

München, 15. Dezember. Die Staatsregierung hat den Rest der 5 pCt. Kriegsanleihe vom Jahre 1870, circa 20 Millionen, gekündigt die Rückzahlung in Baar oder die Wiederanlage in 4½ pCt. Eisenbahnanleihe kann sofort geschehen. (Privatdep. d. Pos. Ztg.)

Wien, 14. Dezember. Der Finanzausschuß des Reichsraths hat den Postvertrag mit Deutschland angenommen und gleichzeitig die Regierung aufgefordert, das gesamte Brief- und Fahrposttarifwesen in möglichster Uebereinstimmung mit den in Deutschland geltenden Tarifen zu reformieren. Der Handelsminister hat sich mit dieser Reform einverstanden erklärt. — Das Exposé des Finanzministers in der heutigen Sitzung des Reichsraths ist mit lebhaftem Beifall aufgenommen worden.

Brüssel, 14. Dezember. Die „Banque de l'Union“ wird, wie „Etoile Belge“ erfährt, ein Zirkular erlassen, durch welches von den Aktionären eine weitere Zahlung von 100 Frs. pro Aktie den Statuten gemäß verlangt wird.

Paris, 14. Dezember. Nach einem der „Agence Havas“ über Wien aus Konstantinopel ausgingenen Telegramme vom 13. d. M. läge es in der Absicht der türkischen Regierung, die Staatsschuld durch Konvertirung aller auswärtigen Anleihen in einige einzige allgemeine Staatsschuld zu konsolidieren und damit zugleich die Amortisirung und die Spezialgarantien für die Anleihen in Wegfall zu bringen.

Paris, 14. Dezbr. Thiers gab der Dreißiger-Kommission gegenüber im Prinzip seine Anerkennung, daß die Nationalversammlung in gegenwärtigem Bestande verbleibe, bis die vollständige Räumung des noch besetzten Territoriums erfolgt sei. Die Kommission wird ihre Arbeiten bis zu den Weihnachtstagen fortsetzen. Das linke Zentrum beabsichtigt in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung eine Tagesordnung einzubringen, welche die Trennung der Fraktion von den Radikalen betonen und sich dahin aussprechen soll, daß die Auflösung der Versammlung im gegenwärtigen Augenblicke unzuwidermäßig und es der Regierung anheimzustellen sei, diese Maßregel zu beantragen, wenn sie den Zeitpunkt dazu für günstig halte. Die republikanische Linke soll ebenfalls weniger geneigt sein, für die Auflösung einzutreten, wenn das linke Zentrum die Politik der Votschaft aufrecht erhält. — Im pariser Gemeinderath fand eine lange Debatte über das städtische Kullusbudget statt. Mehrere Gemeinderäthe sprechen sich in derselben für Trennung des Religions- und Gemeindefonds aus.

Versailles, 14. Dezember. [Nationalversammlung.] Nach Verlesung des Berichts über die Petitionen zu Gunsten der Auflösung der Nationalversammlung nahmen Gambetta, der Herzog v. Audiffret-Pasquier und Louis Blanc das Wort. Gambetta sprach sich in einer längeren Rede für die Auflösung der Versammlung aus, indem er versicherte, daß dieselbe dem Willen des Landes entspreche. Die Zahl der Unterschriften betrage bereits eine Million und vermehre sich noch. Das konservative Land habe durch die Petitionen zu Gunsten der Auflösung der Opposition, welche die in republikanischem Sinne gehaltenen Votschaft des Präsidenten der Republik gefunden habe, eine deutliche Antwort ertheilt. Die Rede Gambetta's wurde von Beifallsbezeugungen der Linken begleitet. Der Herzog von Audiffret-Pasquier bestritt in seiner Rede die Freiwilligkeit der Petitionen, griff die Radikalen lebhaft an, welche nicht Republikaner, sondern Feinde der ganzen Gesellschaft seien und befohlen alle Konservativen, einen Waffenstillstand unter den Parteien herbeizuführen und den Vertrag von Bordeaux aufrecht zu erhalten, indem man den gegenwärtigen Zustand der Dinge durch organische Siege und durch Prüfung der eingebrachten Anträge befestige. Der Herzog forderte schließlich die Parteien auf, sich auf dem Felde der großen konservativen Interessen und der parlamentarischen Freiheiten zu einigen. (Beifall der Rechten.) Nach einigen anderen Reden wurde die Sitzung bis Abends 9 Uhr vertagt. Bei Wiederaufnahme der Sitzung spricht Raoul Duval und wendet sich besonders gegen Gambetta und Louis Blanc; er bekämpft die Theorie von der Souveränität des Volkes, mit welcher eine parlamentarische Regierung absolut unvereinbar sei. Redner greift die Radikalen in heftigster Weise an und beschuldigt sie des geheimen Einverständnisses mit der Kommune. Der folgende Redner, Leroyer, vertheidigt die Politik der gemäßigten Linken und konstatiert die Ohnmacht der Versammlung, die eine Folge davon sei, daß keine der Parteien eine entscheidende Majorität besitze. Die Rechte wolle sich in den Besitz der Regierungsgewalt setzen, um die Republik zu zertrümmern. Hierauf erhält der Justizminister Dufaure das Wort und spricht sich entschieden gegen die Petitionsbewegung aus. Nur die Versammlung allein habe das Recht, ihre Auflösung zu beschließen, sie allein sei hierzu kompetent. Wenn eine lebhaft bewegte im Lande bestehe, so sei daran auch zum Theil der aus Leben gerufene Petitionssturm Schuld. Bis zu einer gewissen, zu Zwecken der Propaganda unternommenen großen Reise nach Savoyen und der Dauphiné sei das Land ziemlich ruhig gewesen. Der Minister greift hiernach die von Gambetta auf der gedachten Reise entwickelten

Theorien an und giebt der Hoffnung Ausdruck, mit der Dreißiger Kommission zu einem befriedigenden Ausgleich zu gelangen. Nachdem Dufaure noch erklärt, daß die Minister für die einfache Tagesordnung stimmen, schließt er mit folgenden Worten: Der Präsident der Republik und die Versammlung müssen zu derselben Zeit abtreten. Die Auflösung der Versammlung ist kein Heilmittel, sie ist der Keim einer viel gefährlicheren Bewegung. Das Land will Ruhe und den Schutz der Gesetze. Auflösung ist gleichbedeutend mit Agitation. Die Rede Dufaure's wurde von der Rechten sehr beifällig aufgenommen. Dieselbe zieht in Folge derselben die von ihr beantragte motivirte Tagesordnung zurück. Der Minister des Innern fordert die Kammer auf, die einfache Tagesordnung anzunehmen. Die Versammlung beschließt, daß die Rede Dufaure's in allen Gemeinden durch Anschlag veröffentlicht werden solle und nimmt die einfache Tagesordnung mit 490 gegen 201 Stimmen an.

Madrid, 14. Dezember. Die Kommission legte den Bericht über die Abschaffung der Konfiskation, welche im April 1873 erfolgen soll, vor. Zorrilla versprach Aufklärungen über die in Madrid stattgefundenen Unruhen zu geben. Letzterer vertheidigte die Einführung von Reformen in der Kolonie Portorico und theilte mit, daß die Anleihe dreifach überzeichnet worden. Das Einnahmehudget wurde mit 155 gegen 47 Stimmen genehmigt. — Vorgestern um 10 Uhr fanden hier Ruhestörungen statt. Ausgiebige Militärverfahrungen stellten bis Mitternacht die Ordnung wieder her. — Große Bewegung herrscht hier wegen der Frage betreffs der auf Portorico vorzunehmenden liberalen Reformen. Die Regierung findet in den Handelskreisen die kräftigste Stütze. Bei den Reformen handelt es sich um Gesetze, durch welche eine größere Autonomie des Municipiums auf der Kolonie, sowie die Trennung der Zivil- von der Militärverwaltung herbeigeführt werden soll. Auch schweben bereits Verhandlungen über den Modus bezüglich der unmittelbaren oder allmählichen Abschaffung der Sklaverei. (Privatdep. d. Pos. Ztg.)

Rom, 15. Dez. In der gestrigen Sitzung der Kammer gab der Finanzminister Sella Aufklärung über die Finanzlage des Landes und führte an, daß die Erhöhung des Agios dem Importe zuzuschreiben sei, welcher höher als der Export sei. Die Finanzlage des Jahres 1872 sei übereinstimmend mit dem provisorischen Finanzentwurf. An das Defizit der Vorjahre erinnernd, theilt der Minister mit, daß eine beträchtliche Summe rückständiger Steuern eingegangen sei. Dies veranlasse ihn, die im Finanzentwurf bereits verlangten 20 Millionen neuer Steuern zurückzunehmen.

Die „Diritto“ meldet, wird der Präsident des Appellationsgerichts zu Vercella, Giaccone, nach Konstantinopel gehen, um an der internationalen Konferenz wegen der Reform der Konsular-Gerichtbarkeit in Egypten Theil zu nehmen. — Der Ausschuß der Kammer nahm in seiner heutigen Sitzung die noch nicht berathenen Artikel des Gesetzesentwurfs über die religiösen Körperschaften mit unwesentlichen Änderungen an. Der Deputirte Chiave beschwerte seinen ursprünglichen Antrag, die Ausnahmebestimmungen des Artikels 2 zu Gunsten der Generalatshäuser auf das Ordenshaus des Jesuitengenerals für nicht anwendbar zu erklären, auf eine einfache Empfehlung dieses Beschlusses. Nach lebhafter Debatte kam jedoch ein Antrag Nicotera's (Linke) zur Annahme, wonach vorbehaltlich der Erörterung der Bestimmungen des Artikels 2 des Gesetzes, die Aufhebung des Jesuitenordens und seines Generalatshauses, ausgesprochen werden soll.

London, 14. Dezember. Nach einem der „Times“ aus Paris zugegangenen Telegramme vom gestrigen Tage wäre die Zahlung der dritten Milliarde der an Deutschland zu leistenden Kriegsschuldzahlung bis zum 11. d. komplet erfolgt. Die vierte Milliarde solle bis zum Mai oder Juni f. J. abgetragen werden; Frankreich sei dann in der Lage, weitere Unterhandlungen wegen der für die fünfte Milliarde zu leistenden finanziellen Bürgschaften anzuknüpfen. — Gestern fand in Guildhall ein großes Meeting statt, welches verschiedene Resolutionen gegen die Einkommensteuer und die Bildung einer Anti-Einkommensteuer Liga beschloß.

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 15. Dezember.

— Die Nachricht, welche unser Korrespondent bereits am Freitag andeutete, daß Fürst Bismarck die Absicht nach Berlin mitgebracht habe, das Präsidium des preussischen Staatsministeriums niederzulegen und sich auf die Wahrnehmung der auswärtigen Geschäfte, sowie auf die Leitung des Reichskanzleramtes zu beschränken, giebt dem freikonservativen „D. Wochenbl.“ zu folgenden Bemerkungen Anlaß:

Beim Wiedereintritt in die Geschäfte bezeugt dem leitenden Staatsmanne der allseitige Wunsch, daß die Größe, mehr aber noch die Vielheit und die Masse der Aufgaben, welche unter seinem Einfluß eine Lösung erwarten, nicht alles Maß der reichten und befehlensfähigen Kräfte übersteigen möge. Kanzler des Reiches und als solcher verantwortlich für alle Reichsangelegenheiten, für Meer und Marine, Post und Telegraphenwesen — Minister des Auswärtigen — sodann preussischer Konseilspräsident, Minister für Lauenburg: das scheint in der That mit einander unvereinbar. Wenigstens für die Dauer. Es hat daher eine gerichtlich aufstrebende Kombination innere Wahrscheinlichkeit, wonach Fürst Bismarck den Wunsch und nunmehr auch die Absicht hege, sich auf die Leitung des Reichskanzleramtes und des auswärtigen Amtes zu beschränken. Die Geschäfte einer jeden dieser Behörden sind vollkommen getrennt, den Arbeitstag des rüstigen Mannes auszufüllen und die volle Geisteskraft eines Staatsmannes in Anspruch zu nehmen; umso mehr der vereinigte Wirkungskreis beider Ressorts. Danach würde sich der Reichskanzler von den preussischen Geschäften zurückziehen. In Preußen die Stellung eines Präsidenten des Staatsministeriums neben jenen Reichsämtern einzunehmen, und die sich daraus ergebende Verantwortung zu tragen, ist bei der in letzter Instanz kollegialischen Behandlung der inneren Angelegenheiten und bei der gleichwohl großen Selbstständigkeit der einzelnen Minister noch ganz besonders erschwert. Wenn die Vermuthung, die wir ausgesprochen haben, sich bestätigen sollte, dann ständen wir allerdings an der Schwelle folgenreicher politischer Entwicklungen.

Dagegen findet die „Spen. Ztg.“ und mit ihr viele andere Blätter diese Meldung „mehr beunruhigend als befriedigend“. Von der „Nat.-Ztg.“ wird jene Nachricht für unwahrscheinlich gehalten, einmal weil der Ministerpräsident sich viel zu tief in die preussische Kirchenpolitik eingelassen hat, um sich jetzt von ihr zurückziehen zu können, und dann, weil er früher im Reichstag ausgeführt, daß er es sich nicht anders denken könne, als daß Reichskanzleramt und preussische Ministerpräsidenten immer in einer Hand vereinigt sein müssen. Das Blatt verlangt Abschluß unserer seit 1866 dauernden Ministerkrise; das Ministerium müsse endlich festen und gleichen Boden unter den Füßen haben.

Gumbinnen, 14. Dezember. Im Kirchdorf Zucha im Kreise Lyck sind bis jetzt 42 Personen an der Cholera erkrankt; 12 von den Erkrankten sind gestorben.

Stuttgart, 13. Dezember. In der zweiten Kammer kamen heute Petitionen, betreffend den Bau von Eisenbahnen zur Berathung. Hierbei erklärte der Regierungskommissar, daß die Regierung an dem Grundsatz, Eisenbahnen nur auf Staatskosten bauen zu lassen, festhalte und Privatgesellschaften die Konzession zum Bau von Eisenbahnen, welche sich an ausländische Bahnen anschließen sollen, soweit württembergisches Gebiet dabei in Betracht käme, nicht geben werde.

Wien, 14. Dez. Der Telegraph bringt folgende Nachrichten:

In der heutigen Sitzung des Reichsraths legte der Finanzminister de Pretis den Rechnungsabluß des Staatshaushaltsplans pro 1871 und den Vorschlag für den Staatshaushalt pro 1873 mit folgendem Exposé vor: Das Budget für 1873 weise eine Erhöhung der Ausgaben um 25½ Millionen nach. Diese Erhöhung habe ihren Grund in den vermehrten Beträgen, welche für die Tilgung der Staatsschulden verwendet werden sollen, in umfangreicheren Subventionen für industrielle Unternehmungen, in Erhöhung der Bezüge der Staatsbeamten und der Staatsdiener, in Mehrforderungen verschiedener Ministerien für Regalauslagen und in den Kosten für die Weltausstellung. Die Einnahmen pro 1873 seien um fast 19 Mill. höher als im Vorjahre veranschlagt und erweise dies durch die voraussichtlich steigenden Steuerbeträge vollkommen gerechtfertigt. Der ungedeckt bleibende Rest des Budgets für 1873 betrage 35½ Mill. In Folge der sehr befriedigenden Ergebnisse des Finanzjahres 1872 sei die Heranziehung außerordentlicher Mittel durchaus nicht notwendig erschienen, so daß es weder der Realisirung der Schuld der Donaudampfschiffahrts-Gesellschaft noch der Einnahmen aus den Zentralaktivitäten bedurft habe, noch auch notwendig geworden sei, von der Ermächtigung des Reichsrathes zum Verkauf von Renten Gebrauch zu machen. Alle diese Mittel blieben zur Verfügung für das Finanzjahr 1873. Die Kassareste von 1872 im Betrage von 18 Mill. seien ebenfalls nicht zur Bedeckung des Budgets pro 1873 herangezogen worden, sondern sollten für den durch das ungestüme Treiben an der Börse arg bedrängten Geschäftsmarkt reservirt bleiben. Wenngleich zur Deckung der für das erste Quartal 1873 erforderlichen beträchtlichen Ausgaben 25 Mill. gesichert bleiben müßten, so könnten selbst noch nach Abzug dieser Summe 21 Mill. aus den baaren Kassaresten zur Deckung der Erfordernisse pro 1873 herangezogen werden, so daß, wenn nicht unerwartete Katastrophen eintreten, ein Ueberschuß von 3½ Mill. auf das Finanzjahr 1874 übertragen werden könne. In Bezug auf den Rechnungsabluß des Finanzjahres 1871 hebt der Finanzminister hervor: Derselbe schließt mit einem Ueberschuß von 26 Mill., was allein auf Rechnung der erhöhten Steuererträge zu setzen sei, welche sich seit 1868 um mehr als 16 Prozent gesteigert hätten. Man könne demnach durch Sparmaßnahme und Steuerreform, deren Ziel nicht die Erhöhung der Steuern, sondern die gleichmäßige, gerechte Vertheilung derselben sein müsse, endlich ein vollständiges Gleichgewicht im Staatshaushalte erreichen.

In der gestrigen Sitzung des Gemeinderathes haben 21 Mitglieder der Linken eine Erklärung dahin ab, daß sie, wenn ihre Ansichten wegen der numerischen Schwäche ihrer Partei in nicht zu billiger Weise unberücksichtigt bleiben sollten, weitere Schritte sich vorbehalten. Die 23 Mitglieder der äußersten Linken, welche aus dem Gemeinderathe ausgetreten sind, erließen an ihre Wähler ein Manifest.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Wie der „Allgemeinen Zeitung“ aus verlässiger Quelle mitgeteilt wird, hat Professor Dr. v. Pettenkofer, der Begründer der Hygiene in Deutschland, unter den ehrenvollsten Bedingungen einen Ruf an die Universität nach Wien erhalten.

Staats- und Volkswirtschaft.

München, 14. Dezember. Die bairische Hypotheken-Wechselbank hat den Diskont um 1 pCt. herabgesetzt und zwar für Wechsel auf 5½ für Lombard auf 6 Prozent.

Odesa, 14. Dezember. Die hiesigen Weizenvorräthe sind völlig erschöpft. Der Bedarf Frankreichs ist außerordentlich groß.

Buxarest, 14. Dezember. Die Betriebseinnahmen der Rumänischen Bahnen haben in der 47ten Woche ein Plus von 75,987 Francs.

** **Rockford-Island und St. Louis-Bahn.** Nach eingegangener Depesche ist die Einnahme der Rockford-Bahn im Monat November ca. 100,000 Dollars.

Verantwortlicher Redakteur Dr. jur. Wafner in Posen.

Gnosen.

Dienstag, den 17. December 1872,

CONCERT

Im Saale des Hôtel de l'Europe (Stan),

gegeben von dem

Pianisten Herrn

Rafael Joseffy

und dem

k. k. Concertmeister Herrn

Jules de Swert.

Anfang 7 Uhr Abends.

